

CONV 106/02

WG I 3

VERMERK

des	Sekretariats
für	die Gruppe I "Subsidiaritätsprinzip"
Betr.:	Kurzniederschrift über die Sitzung vom 17. Juni 2002

1. Die zweite Sitzung der Gruppe I "Subsidiaritätsprinzip" zum Thema Anwendung des Subsidiaritätsprinzips (vgl. CONV 90/02) fand am 17. Juni 2002 unter Leitung des Präsidiumsmitglieds Herrn Méndez de Vigo statt.
2. Alle Konventsmitglieder erinnerten daran, dass sie der Wahrung der in den Verträgen und in dem Protokoll zum Vertrag von Amsterdam verankerten Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit große Bedeutung beimessen. Sie betonten, dass die Einhaltung dieser Grundsätze gewährleistet werden müsse, und erörterten Möglichkeiten, um dies am wirksamsten zu erreichen.

Die Konventsmitglieder vertraten die Ansicht, dass die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit in manchen Fällen nicht genug beachtet worden seien. Mehrere Redner wiesen auch darauf hin, dass die Zahl dieser Fälle überbewertet werde. Es wurden Schätzungen angeführt, wonach weniger als 5 % aller europäischen Rechtsvorschriften in dieser Hinsicht anfechtbar seien. Ihr Anteil sei im Übrigen rückläufig. Vom Bürger werde dies allerdings häufig anders gesehen. Er habe das Gefühl, dass es in zahlreichen Bereichen zu viele Eingriffe europäischer Rechtsvorschriften gebe. Nach Auffassung zumindest eines Konventsmitglieds liegt die Ursache für die Nichteinhaltung des Subsidiaritätsprinzips darin, dass es an einer klaren Kompetenzverteilung mangelt. Sehr viele Konventsmitglieder machten dagegen erneut deutlich, dass sie der Erstellung eines Katalogs von Kompetenzen nach wie vor skeptisch gegenüberstehen.

3. Von den Mitgliedern der Gruppe wurden verschiedene Vorschläge hinsichtlich einer besseren Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips unterbreitet und erörtert. Die meisten von ihnen waren der Ansicht, die einzelstaatlichen Parlamente sollten eng darin einbezogen werden, die Wahrung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit sicherzustellen. Mehrere Mitglieder sprachen sich für die Einsetzung eines (wie auch immer bezeichneten) Gremiums aus, das sich insbesondere aus Vertretern der einzelstaatlichen Parlamente zusammensetzen und in der einen oder anderen Phase des Verfahrens zur Annahme von EU-Rechtsakten tätig werden sollte. Mehrere Konventsmitglieder lehnten den Gedanken ab, die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips durch ein Rechtsprechungsorgan beurteilen zu lassen, und gaben der Prüfung durch gewählte Verantwortungsträger den Vorzug, da diese die Erwartungen der Bürger genauer kennen würden. Diese Kontrolle könnte durch ein mit geringem Aufwand funktionierendes, unbürokratisches Gremium vorgenommen werden, das etwa sechs Mal pro Jahr zusammentreten würde. Es gehe indes nicht darum, eine zweite Kammer oder ein neues Organ einzurichten.

Geteilte Meinungen gab es hinsichtlich des Vorschlags, die Kompetenz der Konferenz der Sonderorgane für EG-Angelegenheiten der nationalen Parlamente (COSAC) auf die Kontrolle der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips auszudehnen. Mehrere Konventsmitglieder bezweifelten, dass dieser Weg Aussicht auf Erfolg habe. Es wurde angeregt, innerhalb der Kommission eine(n) Subsidiaritätsbeauftragte(n) zu benennen, die/der die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips überwacht, und die Kommission zu verpflichten, bei der Übermittlung von Legislativvorschlägen einen "Subsidiaritätsvermerk" beizufügen. Ferner wurde vorgeschlagen, den Vertretern der nationalen Parlamente die Aufnahme in die Delegationen der Mitgliedstaaten und die Mitarbeit in den vom Rat und vom Europäischen Parlament gebildeten Vermittlungsausschüssen zu ermöglichen.

4. Auf Bitte der Gruppe erläuterte der Generaldirektor des Juristischen Dienstes der Kommission, Herr Michel Petite, wie seine Institution in der Praxis dafür sorgt und darüber wacht, dass die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit eingehalten werden. Nach Jahren intensiver Legislativarbeit im Zusammenhang mit der Verwirklichung des Binnenmarktes habe die Kommission ihre Methoden schrittweise angepasst und die Zahl ihrer Legislativvorschläge verringert. Im Übrigen seien es zumeist ältere Rechtsakte, bei denen die Wahrung des Subsidiaritätsprinzips in Abrede gestellt werden könne und die den Unmut des Bürgers hervorriefen. Derzeit würden die im Protokoll zum Vertrag von Amsterdam enthaltenen Verpflichtungen von der Kommission strikt eingehalten und fänden sowohl intern als auch extern intensive Konsultationen statt, bevor Legislativvorschläge unterbreitet würden. Oft gebe es in der Kommission heftige Diskussionen um die Frage der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips, da dieses so unterschiedlich ausgelegt werden könne. Der Vertreter

der Kommission wies ferner auf den Zusammenhang zwischen der Wahl des Rechtsakts, seiner Verbindlichkeit und der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips hin. Nur allzu häufig werde von verschiedenster Seite Druck auf die Kommission ausgeübt, damit sie neue Legislativvorschläge unterbreite. In den von den Organen erlassenen Rechtsakten seien bisweilen auch von den Mitgliedstaaten oder vom Europäischen Parlament geforderte Maßnahmen enthalten.

Herr Petite betonte abschließend, der Gerichtshof habe nur selten Gelegenheit gehabt, zur Anwendung des Subsidiaritätsprinzips Stellung zu nehmen, und er habe dies stets mit besonderer Umsicht getan, da es sich seiner Auffassung nach im Wesentlichen um einen politischen Grundsatz handele, den er nur rein formal kontrollieren könne.

5. Der Generaldirektor der Generaldirektion Ausschüsse und Delegationen des Europäischen Parlaments, Herr Nickel, erklärte, seine Einrichtung sei nur in geringem Maße mit der Frage der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips befasst, da zu dem Zeitpunkt, wo sich das Europäische Parlament in das Legislativverfahren einschalte, die Prüfung durch den Rat und die Kommission im Wesentlichen bereits abgeschlossen sei. Es gelte lediglich, dafür Sorge zu tragen, dass bei der Aussprache oder der Behandlung in einem Vermittlungsausschuss diese Prüfung nicht völlig ausgeklammert werde. Herr Nickel wies darauf hin, dass die Subsidiarität in den Verfahren vor dem Gerichtshof, an denen das Parlament als Prozesspartei beteiligt gewesen sei, nur selten eingefordert worden sei. In seinen weiteren Ausführungen legte er dar, welche Möglichkeiten es gebe, die einzelstaatlichen Parlamente stärker in den Entscheidungsprozess der Gemeinschaft einzubeziehen.
6. Herr Jos Chabert, Minister sowie ehemaliger Vorsitzender und Mitglied des Ausschusses der Regionen, erläuterte seinen Standpunkt zur Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in den Beziehungen zwischen den dezentralen Gebietseinheiten und den Staaten. Er beschrieb ferner die Arbeitsweise der belgischen Institutionen und erklärte, dass von der Arbeit des Schiedsgerichtshofs, der Streitfälle zwischen föderativen Gebietseinheiten entscheide, wertvolle Anregungen ausgehen können.
7. Der Vorsitzende schloss die Sitzung mit dem Hinweis, dass die nächste Sitzung der Gruppe am 25. Juni ab 14.30 Uhr stattfindet.